

7. Von guter und böser Vielfalt: Fazit und Zusammenfassung

Organisierter Bürgerprotest ist zunächst, das haben die Interviews und Beobachtungen in ihrer Verdichtung gezeigt, ein Zeichen von Selbstbewusstsein innerhalb einer Gesellschaft. Und eine wahrgenommene Häufung von Protesten kann als Resultat einer biographischen Entwicklung vieler Menschen verstanden werden, welche in ihnen dieses Selbstbewusstsein hat entstehen lassen, um Phänomenen, die ihren Vorstellungen von Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft zuwider laufen, mit eigenem Engagement und direkt entgegenzutreten. Sie ist darüber hinaus ein Signal, dass etablierte Mechanismen der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung und -vermittlung nicht mehr umfassend akzeptiert werden, dass der Output politischer Prozesse nicht mehr als hinreichend empfunden wird oder dass die eigenen, individuellen oder kollektiven Fähigkeiten, Themen beurteilen und über diese entscheiden zu können, als der Politik überlegen eingeschätzt werden.

Dieses Buch war auch angelegt als eine Reise in die Biographie, die Hoffnungen, Empfindlichkeiten und Erwartungen derjenigen Organisatoren, denen ein Engagement in Bürgerprotesten zum Lebensinhalt geworden ist. Zu verstehen, was sie antreibt, warum gerade sie der politischen Repräsentation über Parteien nicht mehr vertrauen oder mit den getroffenen Entscheidungen zutiefst unzufrieden sind, war primäres Ziel. Und, ganz zu Beginn, die Frage: Wer sind sie eigentlich, die Aktiven dieser Bürgerproteste?

Vorweg: Es sind keine Bürgerproteste, bei denen generationelle Konfliktlinien stark zu spüren wären – kein Aufbegehren der Jungen gegen die Alten, als das die in den zwei Jahrzehnten nach 1968 aufflammenden Proteste ins kollektive Gedächtnis übergegangen sind. Die meisten Befragten zählen zum Zeitpunkt der Gespräche 2012 zwischen 46 und 55 Jahren. Die Altersgruppen darüber (zwischen 56 und 75) und darunter (36 bis 45) können ebenso noch zu den

Schwerpunkten im Altersspektrum gerechnet werden. Zwei Drittel der interviewten Protestierenden sind zwischen 36 und 75 Jahren alt und verteilen sich auf diese Weise, was Geburt, Prägephasen und historische Erfahrungen mit Politik und Gesellschaft anbelangt, auf einen nicht unbeträchtlichen Teil der deutschen Nachkriegsjahrzehnte. Ältere wie Jüngere sind deutlich weniger stark vertreten. Gleichwohl spielen Alter und Generation für die Protesthaltung und ihre Ausprägung eine gewichtige Rolle.

Denn dass die Organisatoren, mit denen Interviews geführt werden konnten, Menschen sind, für die ihre Mitarbeit im Protest zu einem roten Deutungsfaden ihres Lebens geworden ist, kann in den Gesprächen nachempfunden werden. Sie erzählen ihre Biographie derart, dass aus ihr naturwüchsig eine selbstbewusste Person hervorgeht, die zum Widerspruch fähig und willens ist. Und sie lassen ein Selbstbild erkennen, welches Individualität und Selbstständigkeit betonen möchte; dass man sich nicht unterordne, unabhängig sei. Wenig Zweifel jedenfalls lassen sie an der Annahme, sie selbst gehörten zu den Starken in der Gesellschaft, richteten sich nicht nach dem Wind und folgten den eigenen Prinzipien konsistent durchs Leben.

Einkommen, Bildungsstand, Sozialkapital und ein aus den Gesprächen hervorgehender Anspruch auf gesellschaftliches Ansehen – diese Kriterien machen deutlich, dass wir es bei den organisierten Bürgerprotesten nicht mit einem Aufbegehren von Underdogs zu tun haben, sondern im Gegenteil: dass diejenigen Proteste organisieren, die mit fester Stimme und manchmal auch durchaus vollmundig fordern, dass man ihre Anliegen zu hören habe. Dieser biographische Hintergrund ist den Interviewten deutlich bewusst und wird zu einem gewichtigen Teil ihrer Argumentation: Gerade *weil* sie gebildet, finanziell und sozial erfolgreich oder gut vernetzt sind, sollte man ihnen zuhören.

Alle Gesprächsteilnehmer haben irgendwann in ihrem Leben die Erfahrung gemacht oder vermittelt bekommen, dass Protest und Widerspruch etwas Wünschenswertes, Gutes sei – für den Einzelnen wie für die Gesellschaft als Ganzes. Es sind Vorbildfiguren und eigene oder kollektive Erfahrungen, welche diese Einsicht haben entstehen lassen. Unabhängig von den Geburtsjahrgängen der Interviewten gibt es dabei Bezugspunkte in der deutschen Geschichte, die Teil eines Selbstverständnisses im Protest geworden sind. Besonders die Neuen Sozialen Bewegungen der ausgehenden 1970er und 1980er Jahre sind zu Chiffren geworden, auf welche die allermeisten Gesprächsteilnehmer westdeutscher Prägung Bezug nehmen. Hier habe man gelernt – selbst oder durch andere –, dass man etwas bewegen könne, wenn es einem wirklich wichtig sei und man sich mit anderen zusammentue. Aktive ostdeutscher Provenienz betonen an diesen Stellen meist die Erfahrung mit der Überwindung des Realsozialismus, welche

ihnen vor Augen geführt habe, zu welcher Wirksamkeit zivilgesellschaftlich organisierter Widerstand imstande sei.

Für die Interpretation generationeller Prägungen unter den Protestierenden ist wichtig zu unterstreichen, dass es keine oder kaum weit zurückreichende, auf sich selbst als Organisation fokussierte Mythen gibt, da die untersuchten Protestfelder noch nicht allzu lang in dieser Form existieren, Gruppen und Zusammensetzung zudem oft wechseln. Einzelne Mitglieder bringen ihre persönlichen Erzählungen und Heldenschilderungen mit ein. Gleichzeitig gibt es das für den Zusammenhalt wichtige „Graben“ nach Anknüpfungspunkten in der lokalen Geschichte, in deren Kontinuität sich die Gruppen stellen. Hier wird deutlich, dass die kollektive Erzählung oder Erinnerung über die 1970er und 1980er Jahre sehr laut geteilt wird, zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Es sind keine geschichtslosen Proteste, da diese Lokaltraditionen und -koloraturen für die jeweiligen Argumentationen immens wichtig sind. Die konkreten Organisationen als Protestinstitutionen allerdings haben noch keine gemeinsame lange Geschichte – wir schauen auf eine „Mythisierung“ des aktuellen Protests, welche noch nicht abgeschlossen ist. Es gibt in diesen Gruppen noch keine Generationenfolge, bei der erfahrene Generationen von nun folgenden in Frage gestellt und herausgefordert werden.¹ Gleichwohl spielen also die kollektiven Erfahrungen der 1970er und 1980er Jahre eine zentrale Rolle – als Vorprägung und bestehende Erzählung, die unterstreichen soll, dass man selbst in dieser Kontinuität steht; dass man schon immer auf der richtigen Seite war; dass man gelernt hat, dass Widerspruch gut ist; als kollektive gesellschaftliche Verinnerlichung eines durch die Protestbewegungen versinnbildlichten Selbstbewusstseins.

Bürgerprotesten wohnt dabei ein dynamischer, sich selbst verstärkender Charakter des Widerspruchs inne: Nicht nur sind es die Selbstbewussten, die protestieren, sondern wer protestiert, sammelt zusätzlich Erfahrung, Kenntnisse und Fähigkeiten. Insofern steht eine kritische Betrachtung der bestehenden Ausprägung der repräsentativen Demokratie nicht allein am Anfang eines Engagements im Protest, sondern oft genug als Ergebnis desselben. Weil die Aktiven in den Protestgruppen das Gefühl gewinnen, von Parteien und Behörden nicht ernst genommen, nur häppchenweise informiert oder miteinbezogen zu werden, vertieft sich bestehendes Unbehagen noch.

Damit einhergehend geben sich die Protestierenden betont misstrauisch gegenüber jedweden Großzusammenfassungen wie etwa politischen Parteien. Historische Vertrauensdepots, welche die eigene Individualität in einer Gruppe gut

1 So, wie dies etwa für die Arbeiterbewegung beobachtet werden kann, vgl. den Band Schönhoven, Klaus / Bernd Braun (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005.

aufgehoben sahen, und die darüber halfen, die Voraussetzungen für die Integrationskraft einer Demokratie zu sichern, scheinen sich – so zeigen die Gespräche – immer weiter aufzuzehren. Es sind Interviews, die auch davon zeugen, dass sich engagierte Menschen nicht in Überschriften oder Oberflächlichkeiten darstellen oder ansprechen lassen möchten. Viele Gesprächspassagen erzählen von dem Bemühen, sich als komplexe Individuen zu präsentieren, die nicht mit einfachen Schemata zu begreifen seien.

Das im Schnitt fortgeschrittene Alter der Protestierenden verstärkt diese Charakteristika noch. Mit zunehmendem Alter wird es wahrscheinlicher, individualisierte Selbstwirksamkeitserfahrungen anzuhäufen, welche sich auch in direkte politische Wirksamkeitserwartungen übersetzen. Während jüngere Menschen in den Gesprächen eher den grundsätzlichen Wert einer engagierten Zivilgesellschaft für eine Demokratie betonen, spielt das ganz direkte, unmittelbare Wirkungsmoment für die Älteren eine wichtige Rolle. Nicht unbedingt alle sollten direkten Zugang zu Entscheidungsmechanismen bekommen; *ich* sollte es. Dies ist ein Zusammenhang, auf den der Soziologe Albert O. Hirschmann hingewiesen hat: dass mit zunehmendem Alter und Engagementerfahrung der Fokus von einer Gemeinwohlorientierung immer stärker auf die Verfolgung ganz individueller Ziele verengt wird.² Mehr „Erfahrungsjahre“ sind auch ein zentrales Signum alternder Gesellschaften und lassen ein spezifisches Protestprofil entstehen, welches für die europäischen Gesellschaften in den kommenden Jahrzehnten zu erwarten sein mag. Auf der anderen Seite hat sich auch der beschriebene dynamische Mechanismus der kollektiven Erfahrungsspeicherung von Rolle und Wert von Protest beschleunigt – immer mehr junge Menschen können die Erfahrung machen, dass Protest gut, wichtig und selbstverständlich ist. Beide Wirkungsbahnen, sowohl die individuelle Wirkungserwartung als auch die kollektive Verinnerlichung des Wertes von Protest, haben zugenommen – was den aktuell wahrgenommenen Anstieg von Bürgerprotesten erklären kann – und dürften in der Zukunft eher noch weiter anwachsen.

Dass die Organisatoren von Bürgerprotesten zu den Starken innerhalb der Gesellschaft gehören, verdeutlicht sich auch durch ihre eigene Interpretation des Zusammenhangs von Bildung und Protest: Es ist ihnen ein Anliegen, zu zeigen,

-
- 2 Albert O. Hirschman untersucht dabei die politischem Engagement strukturell inhärenten Quellen subjektiver Enttäuschung und kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl Erfüllung als auch Nichterfüllung der Forderungen leicht in eine tiefe Enttäuschung münden. Zeitliche und energetische Überforderung, verschwindende Illusionen über mögliche politische Ergebnisse und die Tendenz, in politischer Arbeit seine eigenen Ideale verletzen zu müssen sind die subjektiven Erfahrungen, welche er dafür ins Feld führt. Vgl. dazu Hirschman: Engagement und Enttäuschung, S. 101 – 112.

dass sie einen besseren, früheren Durchblick über die Zusammenhänge der Welt erlangt haben; weil sie diese Zusammenhänge verstanden haben, protestieren sie; wer noch nicht dabei ist, hat es noch nicht umfassend kapiert. Der rote Deutungsfaden, den sie für ihre Biographie zeichnen, unterstreicht dies noch. Damit zusammenhängend beäugen sie misstrauisch und missmutig diejenigen Menschen, die nicht protestieren. Die Gesprächsteilnehmer sind überzeugt, dass bislang nicht Aktive lediglich die richtige Einsicht noch nicht erlangt haben oder sich dieser verweigern – aber aktiv würden, wenn man sie nur erreichen könnte. Es ist ein positiv-elitäres Selbstbild als „Kader“.

Auffällig ist, dass viele der betrachteten Proteste sich zwar an einem lokalen Zusammenhang entzünden, die zugrunde liegenden Ursachen und Fehlentwicklungen aber auf höheren Ebenen vermutet werden. Insofern nehmen die meisten Proteste für sich in Anspruch, die politische und gesellschaftliche Entwicklung insgesamt zu adressieren und nicht nur für ein konkretes Projekt, sondern für eine bessere Gesellschaft insgesamt aktiv zu werden. Allerdings bleibt die Fokussierung auf *ein* Projekt oder Anliegen bemerkenswert: Alles erklärt sich aus einem Thema, welches symbolhaft für die Problemdiagnosen der Interviewten steht. Nur ganz wenige Gruppen nehmen für sich eine gemeinsame Weltanschauung zum Ausgangspunkt und blicken von dieser aus auf die Welt; den allermeisten gilt ein konkretes Anliegen als Ausweis von Gemeinsamkeit. Diese Ausrichtung führt auch dazu, dass die anderen Mitstreiter leichter als Brüder im Geiste wahrgenommen und eingemeindet werden, Unterschiede werden übertrücht, weil man das eine Thema absolut setzt und von diesem ausgehend die Welt erklärt. Die Proteste sind Zeiten, in denen das zentrale Thema alles andere überstrahlt und in denen die geglaubten Gewissheiten zu absoluten Wahrheiten werden. Gleichzeitig ist vielen Gruppen aber auch eingeschrieben, dass der unmittelbare Organisationszusammenhang von der Existenz des Ursprungskonfliktes abhängig ist und brüchig zu werden droht, sobald der Mobilisierungsdruck nachlässt.

Dass man seine Kraft diesem einen Thema widmet, welches in Zeiten hoher Mobilisierung und der Zuspitzung von Protesten zur zentralen und alles andere dominierenden Kraft wird, verschafft den Protestierenden eine tiefe Zufriedenheit über das eigene Handeln. Diese ziehen sie aus der Überzeugung, ein nachahmenswertes Beispiel zu geben: Man verkörpert mit der Protestarbeit die eigenen Ideale und unterstreicht gleichzeitig, dass Pfadabhängigkeiten der Parteidemokratie durchbrochen und die eigenen Vorstellungen des Zusammenlebens für alle sichtbar verwirklicht werden können. Insofern ist den Aktiven ihr Protest auch ein gesellschaftliches Experimentierfeld, auf dem sie sich verdient machen.

Das Aufflammen von Protesten zeugt auch von dem Gefühl einer Krise, welches viele der Aktiven empfinden. Eine solche Krise, das haben die Interviews gezeigt, ist für die Gesprächspartner ökonomisch, politisch und gesellschaftlich zu beobachten und mündet in eine als bedrohliche erachtete Unübersichtlichkeit von Zusammenhängen und Verantwortlichkeiten in Politik und Gesellschaft. Sie selbst haben persönlich den Eindruck, nicht strukturell unterlegen zu sein, sondern als gesellschaftlich „Starke“ keinen unmittelbaren sozialen Abstieg fürchten zu müssen – sie empören sich aber über diejenigen, die doppelbödig Kriterien aufstellen und diese dann verletzen, um sich selbst Profite zu sichern. Sie sehnen sich nach persönlicher Verantwortung – dergestalt, dass sie gerne wüssten, wen sie für Fehlentwicklungen verantwortlich machen können. Auch daher rührt ihre Wut auf Politik und Parteien, die sich ihrem Empfinden nach diesen Personalisierungen entziehen.

Das Kleine, Örtliche, Übersichtliche hingegen erscheint ihnen nicht so leicht korrumpierbar, sondern vergleichsweise rein und unverdorben. Die lokale Gemeinschaft erscheint auf der einen Seite als Garant für Unverfälschtheit und Sicherheit. Spürbar ist in vielen Gesprächspassagen, dass es trotz Individualisierungsdrang ein starkes Bedürfnis nach einer schützenden, Identität und Geborgenheit stiftenden Gemeinschaft gibt. Auf der anderen Seite ist deren Akzeptanz für viele schwierig geworden, da die eigene Individualität so wichtig und ins Zentrum von Denken und Handeln gestellt wird. Sei es, weil man komplexe gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nicht mehr überblicken kann oder weil man einen gefühlten Zwang zur Selbstoptimierung umfassend verinnerlicht hat: Die eigene Gruppe ist den Protestierenden Schutzraum für Identität, aber auch für ihren sozialen Status, den sie als lokale Elite verteidigen. Die lokale Gemeinschaft gilt ihnen dabei einerseits als besonders effizient in der Organisation gesellschaftlicher Entscheidungsfindung, da sie nah an den zu regelnden Dingen sei und reibungsarm Menschen mit den benötigten Fähigkeiten zusammenbringen könne. Gleichzeitig gilt ihnen ökonomische Effizienz andererseits als ein oftmals bedrohliches Kriterium, dem sich eine lokale, vertraute Schutzgemeinschaft zu entziehen versucht. Ökonomische Effizienz als Entscheidungskriterium hat im Ganzen für die Protestierenden eine bemerkenswert zweigeteilte Rolle: Sie ist Fluch und Segen zugleich; sie fordern sie und lehnen sie ab. Die eigene Kleingruppe oder Gemeinschaft aber kann für die Interviewten zum Ausgangspunkt einer Diskussion über die moralischen Fundamente der Gesellschaft werden, weil sie sich in vielen Bereichen nicht diesem Diktat ökonomischer Effizienz unterwerfen möchte. Es ist eine moderne Version einer Daviderzählung, bei welcher den Protestzusammenschlüssen als lokalen Gemeinschaften zusätzlich der Wert einer Kampfgemeinschaft gegen einen übermächtigen Feind zugeschrieben

wird. Und ähnlich der alttestamentarischen Geschichte vom mutigen David, zum König des Volkes Israel gekrönt, werden darin auch die Protestierenden selbst zum Ausgangspunkt einer nationalen oder gar globalen Kulturveränderung, die sie sich von ihrem Handeln erhoffen. Diese Überhöhung eines konkreten, lokalen Anlasses mag allerdings an vielen Stellen auch ein verständlicher strategischer Kniff sein, um die eigenen Interessen in einen größeren, leichter als Allgemeinwohl zu verpackenden Zusammenhang zu stellen.

Dass den Protestierenden Effizienz als Kriterium für gesellschaftliche Entscheidungsfindung aber durchaus am Herzen liegt, findet sich in den Gesprächspassagen wieder, in denen sie sich aus ihrer persönlichen und professionellen Biographie heraus als überlegene Gegenexperten zur schwerfälligen repräsentativen Parteiendemokratie darstellen und für sich einen besseren Überblick über das Gemeinwohl reklamieren. Die Qualität und Geschwindigkeit demokratischer Entscheidungen zu verbessern, indem die Politik auf ihren Protest und ihr Fachwissen eingeht – das erscheint ihnen logisch und wünschenswert auch aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive. Die Widersprüchlichkeiten, welche in ihrer Verwendung von „Effizienz“ durchscheinen, werden in ähnlicher Form allerdings auch in anderen Bereichen ihres Demokratieverständnisses sichtbar.

Gleichheit etwa erscheint in den Interviews als positiver wie negativer Bezugspunkt für eine Demokratie. Auf der einen Seite liegt die Forderung nach Gleichheit im Herzen des Anspruchs von Protestgruppen, gehört zu werden. Auf der anderen Seite zählt die Übertreibung von Gleichheitsrealisierungen, die „Gleichmacherei“, zu den weithin geteilten Vorwürfen, welche der Regelungshybris von Staat, Verwaltung oder Parteien gemacht werden. Gleichheit ist den Protestierenden einerseits Kernelement ihrer eigenen Rolle als „Gleiche“ unter Bürgern einer Demokratie, andererseits Zeichen für die Perversion der Parteiendemokratie. Der Begriff „Minderheit“ wird ebenso widersprüchlich verwandt. Während Protestierende sich selbst als eine zu Unrecht überhörte Minderheit betrachten, deren Belange die Politik im Interesse der Allgemeinheit zu beachten habe, gelten in den Interviews „Minderheiten“ – verstanden als kleine, nicht-majoritäre Gruppen in der Gesellschaft – als eine durchaus problematische Einflussgröße in einer Demokratie, da ihnen oft ein rücksichtsloses Streben nach einem Partikularwohl nachgesagt wird, von dem sich die Protestgruppen gerade abgrenzen wollen. Ganz ähnlich die Konnotationen von Pluralität und Vielfalt: Unterschieden wird implizit zwischen einer guten, verträglichen oder produktiven und einer negativen Vielfalt, welche destruktiv und verwirrend wirke. Erstere wird durch die Protestgruppen innerhalb ihrer lokalen Gemeinschaften aus Nachbarschaft, Ort, Stadt oder Viertel symbolisiert: vergleichsweise homogene

Protestgruppen, vor allem gefühlt „Gleiche“, bei denen es eine für selbstverständlich erachtete gemeinsame Menge an Überzeugungen und Werten gibt, und welche die bestehenden Unterschiede in den persönlichen Fähigkeiten komplementär nutzen können. Die zerstörerische Vielfalt wiederum bezieht sich oftmals auf den großen Maßstab, eine zu heterogen und komplex gewordene Gesellschaft als Ganzes. Eine starke Heterogenität verlangsame Entscheidungsfindungen und verstelle die Herausbildung einer gemeinsamen Identität. Sinnvolle, angemessene und damit effiziente Lösungen innerhalb einer Demokratie würden verhindert. Viele der Protestierenden aus den Interviewgesprächen unterscheiden auf diese Weise „die Bürger“, denen sie eine Definitionsmacht des Allgemeinwohls zugestehen, von Gruppen und Institutionen, denen diese Einflussmöglichkeit aberkannt wird.

Als Verteidiger einer wahren, „richtigen“ Demokratie, welche sie als abstraktes Prinzip beinahe ohne Abstriche loben und anerkennen, betrachten sich alle. Eine ideale Demokratie funktioniert für die Protestgruppen wie eine Protestgruppe, welche Gleichgesinnte zusammenbringt und ihnen erleichtert, den gemeinsamen Nenner nicht aus den Augen zu verlieren. Ihre Rolle als Protestinitiative innerhalb der bestehenden Demokratie stellen sich die Befragten dabei als umfassende Korrekturinstanz vor, bei der sich Politik und Verwaltung rückversichern und rechtfertigen müssen. Auch weil sie diese Forderung mit ihrer eigenen Biographie und den in ihren Gruppen versammelten Fähigkeiten und Erfahrungen begründen, sind ihnen umfassende direktdemokratische Verfahren suspekt und unsicher. Das Argument einer grundsätzlichen, gleichberechtigten Direktbeteiligung aller Bürger jedenfalls gerät in den Interviews – wenn überhaupt – rasch zu einem nur oberflächlich kaschierten Strategieelement.

Bei der Kritik an politischen Parteien, deren Gliederung in feste Strukturen, Hierarchien und Mechanismen der Balance und Kompromissfindung viele vehement ablehnen, ist das Maß durchaus unterschiedlich. Gerade der Gedanke, sich als Mitglied in ein programmatisches Korsett zu begeben, das man in Gänze mitzutragen hat, allerdings – ganz entscheidend – nur in kleinen Teilen selbst beeinflussen kann, stößt viele ab. Die eigene Individualität und biographische Komplexität, so der Vorbehalt, verträgt sich nicht mit einer programmatisch einengenden Parteimitgliedschaft. Eine Unterscheidung zwischen den großen Volksparteien und kleineren, inhaltlich vermeintlich homogeneren Parteien wird dabei kaum getroffen. Oft geben sich die Protestierenden allerdings selbst im Verhalten den Parteien gar nicht so unähnlich: Wer länger dabei ist, wer mehr investiert, hat Vorrecht und einen Anspruch auf Führung innerhalb der Gruppen – Zeitaufwand speist Wirkungserwartung, Protesterfahrung wird zu einer Art Währung. Genau diese Senioritätsanrechte aber gelten ihnen bei politischen Par-

teien als Ausgeburt an Verkommenheit und Krisenmerkmal. Interessant ist, dass ausgerechnet aus den Gruppen, welche das Organisationsprinzip einer politischen Partei am lautesten verachten – die Euro-Gegner –, in den Jahren seit 2012 mit der Alternative für Deutschland eine politische Partei entstanden ist. Gefühlte Resonanz auf das eigene Anliegen und die gestiegenen Möglichkeiten als Diskurskoalition – als Gruppe, welche sich als Partei der Ökonomieprofessoren wissenschaftlich veredelten Expertenstatus gab³ – Öffentlichkeit und Zuspruch herzustellen, mögen hier beigetragen haben, als Parteiformat den Weg in die Parlamente zu suchen. Die Frage ist aber, ob an dieser Stelle hinter der zur Schau getragenen Parteienkritik am Ende nicht lediglich eine Enttäuschung darüber steckt, persönlich mit den eigenen Wünschen und Anliegen in den etablierten Parteien nicht durchzudringen und in der Folge Parteien insgesamt zu verdammen.

Zudem erwarten Protestierende eine Entwicklung, für die an vielen Stellen der Politik- und Sozialwissenschaften stets eine Art *Trade-Off* angenommen worden ist: Steigt die Beteiligung, steige auch die Effektivität von Entscheidungen bzw. deren Qualität. Gerade durch ihre persönliche Einbindung erwarten sie einen positiven Effekt, da sie erheblich mehr an Knowhow und Sachverstand in die Politik brächten – auch mit dem Aspekt, dass die Teilhabe von besser Gebildeten die Qualität demokratischer Entscheidungen erhöhe.⁴

Es ist darüber hinaus bemerkenswert, dass die Befragten in den Gesprächen oftmals kein formalisiertes Verfahren anerkennen, welches eine politische Führung oder Lösungskompetenz entstehen lasse. Legitimität lasse sich immer nur qualitativ aus dem jeweiligen Ergebnis herleiten. Wenn Legitimität aber stets nachholend verstanden wird als eine Ergebnislegitimität von Entscheidungen, so ist dies für demokratische Verfahren mit enormen Einschränkungen verbunden, weil es die Offenheit von Verhandlungsverfahren von vornherein beschneidet. Auch ist die Tatsache, dass im Sinne von Beteiligungsausweitungen Vermittlungs- und Aushandlungsverfahren zwar gesteigert gefordert, aber gleichzeitig vielerorts als Verrat an sachlichen Konstellationslogiken empfunden werden, eine große Hürde für die Organisation gesellschaftlicher Konsensfindung. Die Forderungen nach persönlicher, außerpolitischer Autorität von Entscheidern und nach einer besseren Übersichtlichkeit unterstreichen dieses Unbehagen. Es gibt allerdings auch eine sehr selbstbewusst vorgetragene Haltung der Protestierenden, welche auf eine Veränderung der Ansprüche und Konsensfähigkeiten hin-

3 Vgl. Bebnowski / Förster: Wettbewerbspopulismus.

4 Zu dieser Frage vgl. Greven: Fortschritt der Demokratie?, S. 22; vgl. auch Abromeit, Heidrun: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen 2002, S. 103ff.

deutet. Wenn also ein Ergebnis der Betrachtungen zu den Demokratievorstellungen ist, dass in der Hauptsache die selbst definierten Ideen als Äquivalent für ein Allgemeinwohl verstanden werden wollen, dann drängt sich der Eindruck auf, dass sich die normativen Erwartungen der im Protest engagierten Bürger von den gedanklichen Fundamenten und Voraussetzungen einer repräsentativen Parteidemokratie wegentwickeln. Gerade vor dem Hintergrund einer zunehmenden sozialen Verengung in den Initiativen und Protestgruppen – was durch die in dieser Studie gesammelten Eindrücke und Sozialprofile bestätigt wird – ist die Forderung nach individueller Definitionsmacht für das Allgemeinwohl aus demokratischer Perspektive hochproblematisch. Wenn nur diejenigen als Kontrollinstanz für ein Gemeinwohl wirken können, welche ganz individuell die Ressourcen, Fähigkeiten und das Selbstbewusstsein dazu haben, würde eine Exklusion ganzer sozialer Gruppen, die durch den weniger aufwändigen Partizipationskanal von Wahlen oder Repräsentativorganen bislang noch Eingang in die politischen Entscheidungsstrukturen finden, womöglich noch weiter fortschreiten.

Dass eine Demokratie immer auch Aushandlungsergebnis einer Gesellschaft zu sein hat, stand ebenso zu Beginn dieser Studie. Nicht also eine dogmatische Verteidigung eines Status Quo kann aus dieser Perspektive sinnvoll sein, sondern ein offenes und neugieriges Fragen nach möglicherweise zeitgemäßen Formen, aber auch nach Überkommenem, nach besseren prozessualen Abbildungen gesellschaftlicher Entwicklungen. In der deutschen Demokratiegeschichte gab es immer wieder Phasen gesellschaftlicher Entwicklungsschübe und eines sich verändernden gesellschaftlichen Selbstbewusstseins am Beginn von Wandlungen von Demokratie und ihrer Repräsentativorgane. Golo Mann und Thomas Nipperdey etwa beschreiben die Gründungsphase der ersten Parteien im deutschsprachigen Raum des 19. Jahrhunderts als eine Konstellation, in der man die Bürgerproteste heutzutage auch wiederfinden könnte: geboren aus einer Gruppe von Bürgern, die über ökonomische und (vor allem) bildungsgetriebene Entwicklungen ein Selbstbewusstsein entwickelten, dem ihre praktische Einbindung in öffentliche Entscheidungsstrukturen nicht nachkam. Die historischen Entwicklungsverläufe von Demokratie spiegeln die jeweils zeitabhängige Umsetzung von Einbindungsvorstellungen wider: „die große politische Tatsache zunächst die, dass die vorindustriellen Mächte dem Bürgertum die Rolle im Staatsleben nicht gönnen wollten, welche seinem wachsenden Reichtum entsprach.“⁵ Thomas Nipperdey vermutet ähnliche Triebkräfte für die Transformation von Parteien und ihren Funktionsmechanismen im weiter fortschreitenden 19. Jahrhundert: „Die gesellschaftlichen Umschichtungen veränderten die herkömmliche

5 Mann: Deutsche Geschichte, S. 273.

Sozialstruktur immer stärker [...]. Die neu entstehenden oder sich ausbreitenden Schichten strebten nach Emanzipation, das führte unter dem allgemeinen Wahlrecht zu einer steigenden Durchpolitisierung der Bürgerschaft [...]. Die Parteien waren in ihrem inneren Aufbau noch an der Gliederung einer vergehenden Gesellschaftsordnung orientiert. [...] Der herkömmliche Partei- und Wahlbetrieb genügte nicht mehr, dem wachsenden politischen Bewußtsein der Wähler mußten moderne Methoden der Massenwerbung entsprechen. [...] mit der Aktivierung des politischen Bewusstseins endlich wuchs das Bestreben der organisierten Anhänger, bei den Parteientscheidungen mitzusprechen und mitzubestimmen. Die örtlichen Führer brauchten mehr als anfänglich die formelle und reale Anerkennung durch die Anhänger, die Zentralen mußten die Tendenz zur Mitbestimmung irgendwie in Ausschüssen oder Parteitagern auffangen, um sie entweder zu realisieren oder zu neutralisieren. Der Zug zur Demokratisierung war auch innerhalb der Parteioorganisationen wirksam in dem Maße, in dem die politische Mündigkeit zunahm. Dieses Verlangen nach Mitwirkung bei Führung und Entscheidungen der Partei konnte sich auf breite Anhängerschichten erstrecken, im Allgemeinen betraf es die weitere Führungsschicht. Noch in deren ganz unreflektierten und widersprüchlichen Willen zur Mitbestimmung zeigte sich der gesellschaftliche und bewußtseinsmäßige Wandel der Zeit an.“⁶

Viele dieser Beobachtungen lassen sich verblüffend ähnlich bei den Aktiven der Bürgerproteste machen – und in deren Kritik an die Adresse von Repräsentation und politische Parteien kann man verwandt klingende Melodien entdecken. Es liegt auf der Hand, dass eine längerfristige Entwicklung von Depots gesellschaftlichen Selbstbewusstseins, die Stabilisierung und Verinnerlichung von Partizipationsrhetorik und Protesterfahrungen, gepaart mit den steigenden Niveaus an Bildung und professionellen Erfahrungen, zu einer immer geringeren Akzeptanzfähigkeit des politischen Prinzips der Repräsentation gerade bei denjenigen Gruppen in der Gesellschaft geführt haben, welche sich selbst als autark, angesehen und stark empfinden.

Vor allem die etablierten, großen und volksparteilich-integrativ wirkenden politischen Parteien haben in den vergangenen Jahren in Deutschland und Europa den Vertrauensverlust der Wähler- und Mitgliedschaften mitunter drastisch zu spüren bekommen.⁷ Und auch ihre Reaktionen darauf verlaufen durchaus paral-

6 Nipperdey, Thomas: Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Die Deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 100 – 119, hier S. 101 – 103.

7 Vgl. Walter, Franz: Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld 2009, S. 9 – 14; Wiewendahl, Elmar: Volksparteien: Aufstieg, Krise, Zukunft, Opladen 2011, S. 133 – 149.

lel. Seit den 1990er Jahren gibt es in der Diskussion möglicher Reformvorhaben eine Tendenz, die sich samt und sonders auf die Formel „mehr Offenheit, mehr Transparenz“ eindampfen lässt.⁸ Mehr direkte Abstimmungsmöglichkeiten für Parteimitglieder oder gar Sympathisanten, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, mehr Offenheit gegenüber politischen Seiteneinsteigern – so oder so ähnlich war die politische Agenda der innerparteilichen Reformdiskussionen in den meisten Parteien seit etwa der Mitte der 1990er Jahre angelegt. Jeder Parteivorsitzende gab sich offen, veranstaltete Reformkonferenzen, versprach, die Parteiarbeit moderner, transparenter und durchlässiger zu machen. Auf die mitunter vernichtende Kritik der Bürgerproteste hingegen können diese Reformforen und Bürgerdialoge kaum eine erfolgversprechende Antwort sein. Denn sie verändern die Logik innerparteilicher Konsensfindung nicht: Am Ende sind es eine Balance und ein Austarieren der verschiedenen Interessengruppen und Heterogenitäten, die sich bereits unter einem politischen Dach zusammen finden, welche den zusammen schweißenden Erfolg von Parteiarbeit ausmachen. Auch die Parteireformen der vergangenen zwei Jahrzehnte haben an dieser Formel nichts verändert. Genau diese Konsens- und Kompromissorientierung allerdings ist es, welche den Bürgerprotesten als Zeichen der Verknöcherung von Parteien gilt. Konsensfindung als Kernelement politischer Parteien ist in den Augen vieler Bürgerprotestierender der Grund, warum keine sachadäquaten Lösungen in der Politik mehr zustande kommen. Gegenüber den direkten, individuell grundierten Wirkungserwartungen und den konstatierten nachholenden Legitimitätsvorstellungen unter den Aktiven der Proteste sind Parteireformen hilflose Antworten, die kaum in der Lage sind, Überzeugung und Attraktivität zu entfalten. In gewisser Weise sind die Protestgruppen damit Kinder ihrer Zeit: Ihre Staats- und Parteienkritik sowie ihr Wunsch nach vermeintlich sachlich zwingenden Lösungswegen machen deutlich, wie sehr Viele neoliberale Gesellschaftsvorstellungen und die

8 Vgl. zusammen fassend Neumann, Arijana: Das „Jahrzehnt der Parteireform“ – Ein Überblick über die Entwicklungen, in: Alemann, Ulrich von / Martin Morlok / Tim Spier (Hrsg.): Parteien ohne Mitglieder?, Baden-Baden 2013, S. 239 – 245; für die sozialdemokratischen Entwicklungen Butzlaff, Felix / Matthias Micus / Franz Walter: Im Spätsommer der Sozialdemokratie?, in: Dies. (Hrsg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 271 – 299, hier S. 280 – 287; Butzlaff, Felix: Die SPD: Sturm der Reform, in: Kallinich, Daniela / Frauke Schulz (Hrsg.): Halbzeitbilanz. Parteien, Politik und Zeitgeist in der schwarz-gelben Koalition 2009 – 2011, Stuttgart 2011, S. 263 – 282; für die deutsche Christdemokratie vgl. Walter, Franz / Christian Werwath / Oliver D'Antonio: Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, Baden-Baden 2011, S. 73 – 158.

Rolle des Einzelnen darin verinnerlicht haben. Auf der anderen Seite zeugen die geäußerten Hoffnungen auf die Etablierung einer Gegenmacht-Position gegenüber rein ökonomisch argumentierenden Logiken davon, dass sie sich durchaus genau davon lösen möchten.

Ob wir es bei den betrachteten Bürgerprotesten mit sozialen Bewegungen zu tun haben, welche eine „Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse“⁹ in den Fokus nehmen, wie es in der bereits zitierten Definition heißt, muss an vielen Stellen in Frage gestellt werden. Fast alle Gruppen beanspruchen dies – natürlich – für sich. Das Fazit einer Individualisierung von Gemeinwohldefinitionen aber kann bisweilen nur schwer in Übereinstimmung gebracht werden mit der Idee einer in einer gemeinsamen Weltanschauung wurzelnden Gesellschaftsutopie.

Das Problematische liegt darüber hinaus in der Desillusionierung gegenüber den bestehenden Institutionen: Ihr Protest ermöglicht es den Befragten, Vertrauen und Emotionen zu erleben, die sie bei Parteien und den etablierten Institutionen nicht mehr zu erlangen glauben – auch, weil innerhalb ihrer Bündnisse und Gruppen vermeintlich nicht mehr so viel Kraft für die Etablierung eines verbindlichen Konsens aufgebracht werden muss. Man fühlt sich unter verlässlich Gleichgesinnten. Wenn diese gefühlte Homogenität aber zum verbindenden Moment der Gruppen würde, welche sich besser und direkter Zugriff auf die politischen Regelungsinstanzen sichern können, droht eine Entsolidarisierung der Demokratie mit all jenen, denen der Zugang in die Selbstorganisation von Einfluss nicht im gleichen Maße gegeben ist.

Die Suche nach neuen Formen gesellschaftlicher Entscheidungsfindung wird wohl noch weitergehen müssen.

9 Ohme-Reinicke: *Moderne Maschinenstürmer*, S. 38.

